

Sélection d'article sur la politique suisse

processus

**Erleichterte Zulassung und Integration von Ausländerinnen und
Ausländern mit Schweizer Hochschulabschluss (Pa.lv. 08.407)**

Imprimer

Éditeur

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Contributions de

Mosimann, Andrea

Citations préféré

Mosimann, Andrea 2025. *Sélection d'article sur la politique suisse: Erleichterte Zulassung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern mit Schweizer Hochschulabschluss (Pa.lv. 08.407), 2008 - 2010*. Bern: Année Politique Suisse, Institut de science politique, Université de Berne. www.anneepolitique.swiss, téléchargé le 22.06.2025.

Sommaire

| | |
|--|---|
| Chronique générale | 1 |
| Politique sociale | 1 |
| Groupes sociaux | 1 |
| Politique à l'égard des étrangers | 1 |
| Enseignement, culture et médias | 1 |
| Enseignement et recherche | 1 |
| Hautes écoles | 1 |

Abréviations

| | |
|---------------|---|
| SPK-SR | Staatspolitische Kommission des Ständerats |
| EFTA | Europäische Freihandelsassoziation |
| ETH | Eidgenössische Technische Hochschule |
| SPK-NR | Staatspolitische Kommission des Nationalrats |
| EU | Europäische Union |
| CRUS | Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten |

| | |
|---------------|---|
| CIP-CE | Commission des institutions politiques du Conseil des États |
| AELE | Association européenne de libre-échange |
| EPF | École polytechnique fédérale |
| CIP-CN | Commission des institutions politiques du Conseil national |
| UE | Union européenne |
| CRUS | Conférence des Recteurs des Universités Suisses |

Chronique générale

Politique sociale

Groupes sociaux

Politique à l'égard des étrangers

INITIATIVE PARLEMENTAIRE
DATE: 03.03.2010
ANDREA MOSIMANN

Personen ausländischer Herkunft, die an einer Schweizer Universität einen Abschluss erlangt haben, erhalten künftig eine **Arbeitsbewilligung für Jobs von hohem wirtschaftlichem oder wissenschaftlichem Wert**. Zudem wird ihnen für die Dauer von sechs Monaten nach dem Abschluss ihrer Ausbildung eine vorläufige Aufenthaltsbewilligung erteilt, damit sie eine entsprechende Stelle suchen können. Diese Änderungen gehen auf eine parlamentarische Initiative Neiryneck (cvp, VD) zurück und sie wurden in der Vernehmlassung mehrheitlich begrüsst. Auch der Bundesrat erachtete sie grösstenteils als gerechtfertigt, allerdings sprach er sich gegen die nachträglich zum Vernehmlassungsverfahren vorgeschlagene vorläufige Aufenthaltsbewilligung aus. Der Entwurf der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats wurde von beiden Kammern diskussionslos verabschiedet. In der Schlussabstimmung wurde die Vorlage im Nationalrat mit 145 zu 39 Stimmen und im Ständerat einstimmig gutgeheissen.¹

Enseignement, culture et médias

Enseignement et recherche

Hautes écoles

INITIATIVE PARLEMENTAIRE
DATE: 16.10.2008
ANDREA MOSIMANN

Personen aus Nicht-EU-Staaten, die nach dem Studienabschluss keine Stelle haben, müssen die Schweiz nach geltendem Recht zügig verlassen. Die Rektorenkonferenz der Universitäten (CRUS) fordert seit Jahren, dass diese **Studienabgänger eine längere Frist zur Arbeitssuche erhalten**, weil sie mit Steuergeldern ausgebildet worden sind und in der Wirtschaft viel leisten könnten. Mit diesen Argumenten stiess sie auf zunehmendes Echo. Im Februar reichte der CVP-Nationalrat und ETH-Honorarprofessor Jacques Neiryneck (VD) eine parlamentarische Initiative für grosszügigere Zulassungsbestimmungen ein. Die Staatspolitischen Kommissionen der beiden Räte (SPK-NR und SPK-SR) stimmten dem Begehren zu, während es vom Bundesrat abgelehnt wurde. Die Regierung begründete ihre Haltung damit, dass im Winter 2008 trotz guter Konjunktur 8'500 Studienabgänger arbeitslos waren. In die gleiche Richtung zielt auch eine von der freisinnig-demokratischen Fraktion deponierte Motion (Mo. 08.3376). Sie will den Bundesrat verpflichten, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich Hochschulabsolventinnen und -absolventen aus Nicht-EU-/EFTA-Ländern nach dem Studienabschluss während sechs Monaten auch ohne Arbeitsstelle in der Schweiz aufhalten dürfen.²

INITIATIVE PARLEMENTAIRE
DATE: 05.11.2009
ANDREA MOSIMANN

Im November verabschiedete die Staatspolitische Kommission (SPK-NR) des Nationalrats ihren Entwurf zu einer parlamentarischen Initiative Neiryneck (cvp, VD). Die Vorlage sieht eine **Anpassung des Ausländergesetzes** vor, so dass auch Personen aus Nicht-EU-/EFTA-Staaten mit einem Schweizer Hochschulabschluss auf dem Arbeitsmarkt zugelassen werden können, wenn ihre Erwerbstätigkeit von hohem wissenschaftlichem und wirtschaftlichem Interesse ist. Weiter soll bei der Zulassung zu einer tertiären Aus- oder Weiterbildung auf die Voraussetzung der «gesicherten Wiederausreise» verzichtet werden und schliesslich könnten bei der Erteilung einer Niederlassungsbewilligung unter bestimmten Voraussetzungen frühere Aufenthalte zur Aus- und Weiterbildung nachträglich angerechnet werden.³

1) BBl, 2010, S. 427 ff. und 4261 f.; AB NR, 2010, S. 101 ff. und 1155; AB SR, 2010, S. 516 ff. und 746. Siehe auch SPJ 2009, S. 251.

2) AB NR, 2010, S. 101; AZ, 20.6.08; LT, 29.8. und 16.10.08; NZZ, 16.10.08.

3) BBl, 2009, S. 5071; BBl, 2010, S. 427 ff.; NZZ, 23.6. und 7.11.09.